



## **Bürgerbeteiligung**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2017 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bezirksvorsteher Markus Rumelhart zu ersuchen, im Rahmen des im März 2017 beschlossenen Bürgerbeteiligungsverfahrens die Anrainer/innen und Gewerbetreibenden der Otto-Bauer-Gasse direkt zu befragen bzw. deren Antworten getrennt auszuwerten.

### **Begründung**

Das ursprünglich im März 2017 einstimmig beschlossene Bürgerbeteiligungsverfahren für die Otto-Bauer-Gasse wurde seitens des Bezirksvorstehers mehrfach adaptiert. Abgesehen davon dass nun ein größeres Gebiet neu gestaltet werden soll, sind auch die angewandten Instrumente der Bürgerbeteiligung fragwürdig.

Laut dem übermittelten Plan soll es in erster Linie Passantenbefragungen im Grätzel sowie Grätzelkonferenzen im Büro vor Ort geben. Unklar ist aber, ob eine direkte Befragung aller Anrainer/innen sowie aller Gewerbetreibenden durchgeführt wird. Für die ÖVP Mariahilf ist in erster Linie die Meinung der unmittelbar betroffenen Anrainer/innen und Gewerbetreibenden relevant, ihre Meinung sollte daher erhoben und getrennt ausgewertet werden.

Gerhard Hammerer

**Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt (ÖVP und FPÖ dafür)**



## **Umbau der U6-Station Gumpendorfer Straße**

Die unterzeichnenden Mariahilfer Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ, Grünen, FPÖ, ÖVP und NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2017 gemäß § 24GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin Mag. Ulli Sima zu ersuchen auf die Wiener Linien einzuwirken, bei der Sanierung der U6 Station die barrierefreie Zugänglichkeit aller Ein- und Ausgänge zu ermöglichen.

### **Begründung**

Aktuell stellen die historischen Schwingtüren gerade für ältere und mobilitätseingeschränkte BenutzerInnen eine große Herausforderung dar bzw. machen die selbständige Nutzung unmöglich. Auch soll ein angepasstes Lichtkonzept die Stationsnutzung so angenehm und sicher wie möglich machen. Darüber hinaus wird dringend ersucht die Sanierung zum Anlass zu nehmen, die, das U6 Stationsgebäude umgebenden Wartebereiche/Aufstellflächen zu den weiterführenden Verkehrsmitteln (Straßenbahn/Bus), aufgrund des gestiegenen Fahrgastaufkommens hin, neu zu bewerten und zu adaptieren.

*einstimmig angenommen*



## **Sport in Mariahilf**

Die unterzeichnenden Mariahilfer Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ, Grünen, FPÖ, ÖVP und NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2017 gemäß § 24GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die MA 51 (56) möge prüfen, ob bei Neugestaltung und Planung von Turnhallen, Sport- und Freizeitanlagen auf externe Nutzung Rücksicht genommen werden kann.

### **Begründung**

Kinder und Jugendliche verbringen viel Zeit in diversen Sport- und Freizeitvereinen in Mariahilf. Durch die wachsende Beliebtheit dieser Vereine, kommt es zunehmend zu einem erhöhten Platzbedarf. Schulen und Freizeitanlagen bieten hier ein optimales Angebot. Leider sind durch bauliche Maßnahmen diverse Anlagen aber nicht dazu geeignet sie auch von externen Vereinen zu nutzen. Wir wollen, dass bei neuen Anlagen bzw. bei neuen Bauten auf diesen Bedarf Rücksicht genommen wird.

*ein stimmig angenommen*



## Vormittagstermin Problemstoffsammelstelle

Die unterzeichnenden Mariahilfer Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ, Grünen Alternative, der FPÖ, der ÖVP sowie von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2017 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

### Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige amtsführende Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag<sup>a</sup> Ulli Sima zu ersuchen, bei der Problemstoffsammelstelle am Naschmarkt werktags einen zusätzlichen Morgen- bis Vormittagstermin (bspw: 09:00 – 13:00) anzubieten.

### Begründung

Derzeit hat die Sammelstelle Montag bis Freitag jeweils von 16 bis 18 Uhr geöffnet, Samstag von 9 bis 13 Uhr. Seitens der Anrainer bzw. in der Umgebung Beschäftigter wurde der Wunsch geäußert, auch werktags einen Vormittagstermin anzubieten und somit eine maßgebliche Möglichkeit für jenen Anteil der Bevölkerung zur Schadstoffentsorgung zu schaffen, welche ob eines Beschäftigungsverhältnisses von den bereits vorhandenen Öffnungszeiten ausgeschlossen sind.

Verena Knogler  
Leo Kohlbauer  
Veronika Zimmermann  
Elisabeth Kattinger

*einstimmig angenommen*



## **Projektorientiertes Gender Budgeting**

Die unterzeichnenden BezirksrätInnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, der ÖVP Mariahilf sowie der NEOS – Das Neue Österreich stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2017 gemäß §24 GO BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (z.B. MA 5) im Zusammenwirken mit einer dafür implementierten Projektgruppe des Bezirks (eventuell Finanzausschuss), bestehend aus VertreterInnen der antragswerbenden Fraktionen, zu ersuchen, für die Planung des Projektes „Umbau und Aufwertung Corneliusgasse“ Gender Budgeting als Planungs- und Steuerungsinstrument zu verwenden.

### **Begründung**

Im Sinne eines nachhaltigen und umsetzbaren Prozesses, soll die Modalität des Gender Budgeting vorab für die Planung und Umsetzung eines konkreten Projektes angewandt werden, um nach eingehender Evaluierung hinsichtlich Kosten und Nutzen, die großflächigere Umsetzung und Integration von Gender Budgeting als Planungs- und Steuerungselement hinsichtlich des Gesamtbudgets der Bezirksvertretung Mariahilf, wie in zwei Anträgen vom 16.03.2017 gefordert, zu ermöglichen.

*Segen die Stimmen der FPÖ angenommen*



## **Verkehrssituation vor Mariahilfer Straße 121**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2017 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 46) im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, die Verkehrssituation vor Mariahilfer Straße 121 bzw. 121a zu überprüfen.

### **Begründung**

Auf dem Platz vor Mariahilfer Straße 121 bzw. 121a ist von Frühjahr bis Herbst ein Schanigarten situiert. Der Bereich zwischen dem Schanigarten und der Liegenschaft ist für Fußgänger/innen reserviert, wird aber auch von Fahrradfahrer/innen frequentiert, obwohl es auf der Fahrbahn einen eigenen Radfahrstreifen gibt. Dadurch kommt es z.T. zu gefährlichen Situationen. In der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission soll daher über mögliche Lösungsansätze diskutiert werden.

Veronika Zimmermann

**Antrag wurde einstimmig der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zugewiesen und wird dort weiter behandelt**



## **Bodenmarkierungen vor Millergasse 34**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2017 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 46) zu ersuchen, die Bodenmarkierungen bzw. Verkehrsschilder vor Millergasse 34 zu überprüfen bzw. gegebenenfalls zu entfernen.

### **Begründung**

Die Liegenschaft ist offensichtlich nicht mehr bewohnt, das früher ansässige Unternehmen ist ebenfalls ausgezogen. Ein Ein- und Ausfahren ist nicht mehr möglich, zusätzlich sollte auch die Notwendigkeit der Ladezone überprüft werden.

Veronika Zimmermann

**Antrag wurde einstimmig der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zugewiesen und wird dort weiter behandelt**



## **Erste Hilfe Kurse**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2017 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige amtsführende Stadträtin für Soziales, Gesundheit und Frauen Sandra Frauenberger im Zusammenwirken mit den zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 70) und mit der Kommission für Soziales und Diversität zu ersuchen, das bestehende Angebot an altersentsprechenden Erste-Hilfe-Kursen auch auf die vierte Schulstufe auszuweiten.

### **Begründung**

In Notfällen entscheiden oft die ersten Minuten über Leben und Tod. Im richtigen Moment das richtige Tun rettet Leben, muss allerdings gelernt sein und das Wissen darüber regelmäßig aufgefrischt werden. Genau das bieten die speziell auf die jeweilige Altersgruppe abgestimmten Erste-Hilfe-Kurse des Vereins „Puls“. Die goldene Regel in einer Notsituation ist: Handeln! Dabei sind das Erkennen einer Notsituation und das Alarmieren der Rettungskräfte ganz essentiell. Je früher Menschen darauf trainiert werden, mitanzupacken, wenn jemand in Not gerät, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass dauerhafte Schäden vermieden werden. Zahlreiche (inter-)nationale Studien belegen die positiven Effekte durch Erste-Hilfe-Kurse. Der Verein „Puls“ setzt sich in Zusammenarbeit mit den Wiener Rettungsorganisationen seit Jahren für Erste-Hilfe-Kurse für Kinder und Jugendliche ein. Mit der Ausweitung des Angebots auf die vierte Schulstufe sowie mittelfristig auf weiterführende Schulstufen könnte unsere Stadt ein internationales Vorbild in diesem Bereich sein. Stärken wir durch Erste-Hilfe-Kurse die Zivilcourage unserer Bevölkerung und machen wir jeden Bürger zu einem erfolgreichen Ersthelfer!

Rainer Wolschner

**Antrag wurde einstimmig der Kommission für Diversität und Soziales zugewiesen und wird dort weiter behandelt**



## **Bereitstellung von Kinderspielgeräten für Kinder und Jugendliche mit Behinderung**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2017 gemäß § 24 der GO für die Bezirksvertretungen folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 42) im Zusammenwirken mit der Frauen- und Generationenkommission zu ersuchen, zu prüfen, welche Spielplätze in Mariahilf mit behindertengerechten Spielgeräten ausgestattet werden können,.

### **Begründung**

Kinder mit Behinderungen finden in den Parks kaum Spielgeräte vor, die für sie tauglich sind. Um ihnen trotzdem die persönliche Teilhabe am Spielplatz zu ermöglichen, ist die Installation von Spielgeräten notwendig, die eigens für diese Zielgruppe konstruiert sind. Derzeit gibt es in Wien kaum solche Einrichtungen. Der Bezirk sollte daher mit gutem Beispiel vorangehen, und in den Parks für die Errichtung entsprechender Spielgeräte sorgen. U.a. sind hier Spielgeräte gemeint, die speziell für Kinder im Rollstuhl und für Kinder mit Sehbehinderungen geeignet sind.

Gerhard Hammerer

**Antrag wurde einstimmig der Frauen- und Generationenkommission zugewiesen und wird dort weiter behandelt**